



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bewegungen in der katholischen Welt.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Bewegungen in der katholischen Welt.



or einigen Wochen (Jahrgang 1886, S. 449 ff.) haben wir auf die revolutionären Bewegungen hingewiesen, welche sich in der katholischen Welt zeigen. Unsere Bemerkungen haben in der Presse Beachtung gefunden, weil, was dem Einzelnen schon hie und da aufgefallen sein mochte, hier zu einem Gesamtbilde zusammengefaßt war. Auch die rohen Schimpfworte, welche das Berliner Jesuitenblatt „Germania“ unsern Ausführungen zu Teil werden ließ, zeigten deutlich, daß wir die Hand in eine offene Wunde gelegt hatten. Wir deuteten in jenem Aufsatz schon auf den Widerspruch hin, den selbst die höchsten Autoritäten in der Kirche durch das Parteitreiben, mit welchem religiöse Fragen von ehrgeizigen Parteiführern zur Unterlage ihrer weltlichen Bestrebungen gemacht werden, in nicht mehr mißzuverstehender Weise erfahren haben. Durch einzelne Beispiele aus der jüngsten Zeit beleuchteten wir diese Andeutung; wir zeigten an den Heterereien gegen den Bischof von Fulda, sowie an manchen direkt gegen den Papst gerichteten Demonstrationen, daß in den Katholizismus eine Bewegung einzudringen beginne, welche mit dessen Grundlehren in tiefstem Widerspruch stehe und nicht mehr Staat und Regierung, sondern Kirche und Papst angehe.

Trotz aller Schnellebigkeit, durch welche sich unsre Zeit auszeichnet, hätten wir nicht geglaubt, daß schon nach wenigen Wochen sich die Opposition der Führer der deutschen Katholiken gegen den Papst bis zum offenen Ungehorsam steigern würde. Durch die Zeitungen sind Rundgebungen Leo's XIII. veröffentlicht worden, in denen er dem Zentrum gegenüber den Wunsch ausgesprochen hat, für die von den Bundesregierungen eingebrachte Septennatzvorlage einzutreten. Die Zentrumsführer, an welche dieser Wunsch gerichtet war, hatten — wenn sie es ihrer Sonderpolitik nach für richtig erachten mußten, demselben nicht zu ent-

sprechen — gewiß das Recht, bei dem heiligen Vater Gegenvorstellungen zu machen und dann die weitere Entscheidung desselben abzuwarten. Sie hätten aber jedenfalls diesen Wunsch zur Kenntnis ihrer Parteigenossen bringen und in der Partei beraten müssen, was darauf zu erfolgen habe. Keines von allem ist geschehen. Die Führer des Zentrums von Franckenstein und Dr. Windthorst haben die Mitteilung dieses Wunsches ihres kirchlichen Oberhauptes den Mitgliedern des Zentrums vorenthalten oder, um es mit dem unschönen Worte deutlich zu sagen, unterschlagen; sie haben sogar auf besondere Anfragen einzelner Parteigenossen das Vorhandensein eines solchen päpstlichen Wunsches rundweg abgeleugnet, sie haben beim Papste keine Gegenvorstellungen vorgebracht, sondern die Partei mit dem Androhen des Verlustes der Wahlstimme gezwungen, gegen die Regierungsvorlage und gegen den Wunsch des Papstes zu stimmen.

Freiherr von Franckenstein hat sich darauf veranlaßt gesehen, dem Papste gegenüber sein Verhalten zu rechtfertigen, und es scheint, als ob er sich hauptsächlich darauf berufen habe, daß das Zentrum eine politische Partei sei und als solche in nichtkirchlichen Fragen dem Papste nicht Gehorsam leisten könne. In dem bekannten auf dieses Schreiben ergangenen Erlaß des Kardinalstaatssekretärs Jacobini wird auf die Entschuldigungsgründe des revolutionären bayerischen Freiherrn nicht weiter eingegangen. Der Papst erachtet es offenbar unter seiner Würde, einem ungehorsamen Gliede seiner Kirche Mahnungen wegen seines Ungehorsams zu erteilen. Die mangelnde Ehrfurcht gegen den Papst wird der in den Dienst des revolutionären Weltentums getretene Baron im Beichtstuhl zu erledigen haben. Der Papst wahrt das Recht seines Eingreifens durch die Ausführung, daß er sich nicht in weltliche Dinge gemischt habe, daß die Frage des Septennats auch mit kirchlichen Interessen in Zusammenhang stehe und daß die Vertretung dieser nicht dem Zentrum, sondern allein dem heiligen Stuhl obliege. Dieser vom 21. Januar datirte Erlaß ist dem Freiherrn von Franckenstein ausdrücklich mit der Forderung zugestellt worden, den Inhalt zur Kenntnis seiner Parteigenossen zu bringen, und man wird, wenn man nicht an eine fortgesetzte erschwerte Empörung glauben soll, annehmen dürfen, daß der Zentrumsführer diesem Befehl gehorcht habe.

Man merkte in einzelnen katholischen Zeitungen, daß in der Zeit zwischen dem Erlaß vom 21. Januar und seiner Veröffentlichung in der Wiener „Politischen Korrespondenz“ vom 4. Februar der Inhalt desselben schon in einzelne Kreise gedrungen war. Denn einzelne im Dienste des Zentrums stehende Blätter deuteten schon vor seiner Veröffentlichung die wesentlichsten Bestimmungen desselben an. Dennoch haben andre Blätter des Zentrums, vor allem die Berliner „Germania“ und die „Schlesische Volkszeitung“, die Möglichkeit ein solchen Erlasses rundweg bestritten, und dies mit Gründen, welche alles andre eher sind, als Ehrfurchtsbezeugungen gegen das Oberhaupt ihrer Kirche. Von besondrer Bedeutung sind diejenigen Gründe, welche eine sachliche Anmaßung gegen die

Autorität des heiligen Stuhles enthalten und welche sich persönlich in verletzender Weise gegen den jetzt regierenden Papst wenden.

Es ist klar, daß, wenn in kirchlichen Dingen von den Katholiken dem Papst die höchste Autorität zuerkannt wird, es schwer und mißlich sein muß, ihm in weltlichen Dingen das nötige Verständnis abzusprechen. Es ist dies umso mißlicher, als bekanntlich geistliche und weltliche Dinge nicht immer durch eine scharfe Linie getrennt werden können. Gerade das päpstliche System in der Entwicklung der katholischen Kirche verdankt nicht zum wenigsten der Behauptung den Sieg, daß das geistliche Element das gesamte Wesen der Dinge beherrsche. Es würde ein leichtes sein, von der berühmten Bulle Bonifazius des Achten Unam sanctam an bis in die neueste Zeit herein nachzuweisen, wie dieser Satz den Ultramontanen in der Ausdehnung und Ausbeutung ihrer Herrschaft Dienste geleistet hat, und der auf einer Katholikenversammlung von Windthorst ausgesprochene Satz: „Der Papst regiert doch die Welt“ ist ja neben so vielen Zeitartikeln der „Germania“ und ihrer Genossen aus der jüngsten Gegenwart das schlagendste Beispiel dafür, daß die Ultramontanen je nach Bedürfnis für das geistliche Element ihrer Weltordnung den Vorrang beanspruchen. Es ist also nicht katholisch gewesen, wenn die gedachten Blätter die Möglichkeit eines päpstlichen Erlasses über das Septennat abstritten, weil der Papst sich nicht in die innern Angelegenheiten eines Staates mischen dürfe — wie der Freiherr von Franckenstein behauptet hat — oder werde — wie dies von der klerikalen Presse behauptet worden ist. Mit diesem Satze verleugnen die Männer und die Blätter vom Zentrum ihre Katholizität, vielleicht mit Absicht, in der Hoffnung, daß der nichts mit der Religion gemein habende revolutionäre Jesuitismus schon jetzt zur Weltherrschaft berufen sei. Nur geistlose und in ihrem Parteihaß blinde Organe konnten in dieser Opposition des Zentrums gegen den Geist der katholischen Kirche eine „dem deutschen Namen zur Ehre gereichende That“ erblicken. Der im Ertrinken begriffene Fortschritt klammert sich hilfselehend an das Zentrum und bringt ihm nicht nur das Opfer seiner Einsicht, sondern auch seiner Grundsätze. Deshalb geht von Herrn Eugen Richter bis zu Herrn Rudolf Mosse — die „Vossische Zeitung“ des Herrn Stadtgerichtsdirektors Lessing selbstverständlich einbegriffen — nur die eine Parole: „Der Jacobinische Erlass ist eine Ermunterung für das Zentrum, hört es, katholische Wähler, und gebt eure Stimmen dem Fortschritt, den Polen, Welsen, Sozialdemokraten und Elsäßern, die euch alle gegen das Septennat und gegen den Reichskanzler unterstützen.“

Ein die Grenzen seiner Macht überschauender Papst und insbesondere ein Mann von solcher staatsmännischen Begabung, wie Leo XIII. es ist, wird sich in Acht nehmen, sich in die innern Angelegenheiten eines Staates zu mischen, wenn sie rein weltlicher Natur sind. Man wird fragen: Welche sind denn rein weltlicher Natur? und wer hat darüber zu entscheiden? Über die erste Frage wollen wir hier nicht lange Erörterungen pflegen, da wir nicht die Absicht haben,

zu den vielen Abhandlungen über den Grenzstreit zwischen weltlichen und kirchlichen Dingen noch eine neue hinzuzufügen. Bezüglich der zweiten Frage aber giebt es für die Katholiken nur eine Antwort: Ob eine Angelegenheit einen kirchlichen Charakter hat, darüber entscheidet eben der Papst. Er allein vertritt, wie es in dem Jacobinischen Erlasse heißt, die Interessen der Kirche, das Centrum ist zu diesem Amte nicht berufen. Als zum erstenmale die Frage auftauchte, ob der Papst dem Centrum empfohlen habe, für das Septennat zu stimmen, da lag es wohl sehr nahe, zu untersuchen, welche Legitimation Leo XIII. zu einem solchen Wunsche haben mochte. Man braucht nicht Katholik, sondern nur ein gerechter, nicht vom Parteifanatismus geblendeter Feind des Reichskanzlers zu sein, um diese Legitimation für begründet zu erachten. Oder soll man es als thöricht bezeichnen, daß bei Beurteilung der Septennatsvorlage der Papst lieber der Autorität des Feldmarschalls Moltke als der der Abgeordneten Windthorst, Richter und Grillenberger folgt? Der berühmte Feldherr aber hat vor Europa wie vor dem Reichstage erklärt, daß die Ablehnung des Septennats den Krieg bedeute, die Bewilligung aber ein wirksames Mittel zum Frieden sei. Es ist unnötig, nochmals auf diese Erklärung hier einzugehen. Jedenfalls ist sie von Leo XIII. für richtig befunden worden. Wie es in dem Erlasse des Kardinalstaatssekretärs heißt, ist die Frage des Septennats mit Fragen moralischen und kirchlichen Inhalts verknüpft, und es kann sich nur darum handeln, nach diesen sehr deutlichen Hinweisungen den Gedankengang des Papstes zu ermitteln. Dieser ist nicht schwer zu finden, wenn man daran festhält, daß das Septennat eine Stärkung des Friedens bedeutet. Denn dann darf man wohl sagen, auch ohne Katholik zu sein, daß es für den Papst keine höhere und edlere Aufgabe geben könne, als das Seinige zur Erhaltung des Friedens beizutragen. Und es handelt sich hier nicht um einen lokalisirten Frieden, sondern um die Verhinderung eines Weltbrandes. Schon einmal hat der Papst seine Friedensmission bethätigt, als er im Jahre 1885 durch sein geschicktes Eingreifen dazu beitrug, daß eine, wenn auch aus geringfügigem Anlaß entstandene, aber sehr tiefgehende und ernste Verstimmung zwischen Deutschland und Spanien zu einem friedlichen Ausgleiche gebracht und ein Krieg vermieden wurde, der unheilvoll nicht bloß für die beteiligten Nationen, sondern für die Welt und die Zivilisation hätte werden können. Auch jetzt wieder steht ein Krieg von den schwersten Folgen in Aussicht, es steht in Frage, ob zwei Nationen im Herzen Europas und berufen, vor allen andern Kultur und Menschlichkeit zu pflegen, in blutigem Streite ihre besten Kräfte vergeuden, ihre edelsten Söhne opfern wollen. Fürwahr, wenn hier der Papst das Seinige dazu beiträgt, der Welt diesen blutigen Kampf zu ersparen, dann wird nur ein blinder Parteifanatiker oder ein Heuchler davon reden können, daß ein fremder Souverän sich in die innern Angelegenheiten eines Staates mische. Der friedliebende Teil unsers Volkes wird die Berechtigung dieser Einnischung anerkennen und

dafür dankbar sein müssen. Die „Germania“ hat diese Bedeutung des päpstlichen Eintretens für das Septennat auch wohl erkannt, denn sie begründete die Unmöglichkeit dieser Intervention ihres Kirchenhauptes damit, daß es sich hierbei um internationale Fragen handle, bei denen dem Papst Zurückhaltung geboten sei. Diese Bemerkung konnte keinen andern Zweck haben, als Leo XIII. einzuschüchtern und ihn mit dem Zorn der Franzosen zu bedrohen. Diese aber haben die friedliche Natur des päpstlichen Wunsches auf den ersten Blick verstanden und ihre Zeitungen, welche zur Verhüllung ihrer kriegerischen Absichten jetzt für gut halten, den Frieden zu betonen, haben, wie z. B. der Temps, sofort auf den friedlichen Charakter der päpstlichen Kundgebung aufmerksam gemacht.

Der päpstliche Wunsch, daß das Zentrum die Regierungsvorlage annehmen solle, ist den Führern schon vor der Abstimmung im Reichstage mitgeteilt, aber von diesen, wie erwähnt, unterschlagen worden. Freiherr von Franckenstein hat sein Verfahren zu rechtfertigen versucht; trotzdem beharrt der Papst dabei, daß es wünschenswert sei, daß das Zentrum für das Septennat stimme, und er erklärt, daß er diesen Wunsch aus „kirchlichen und moralischen Gründen“ stelle. Wenn demgegenüber der Abgeordnete Windthorst vor den katholischen Wählern der Rheinlande in Köln behauptete, daß die Erfüllung dieses Wunsches dem Zentrum unmöglich sei, wenn die „Germania“, die „Schlesische Volkszeitung“ und ähnliche Blätter des Zentrums erklären, daß man nicht für Septennatsanhänger stimmen dürfe, so besteht unter den deutschen Katholiken bereits eine Partei, welche auch in kirchlichen Angelegenheiten dem Papste den Gehorsam verweigert. Damit hat die von uns bereits früher nachgewiesene revolutionäre Bewegung in der katholischen Welt ihren Höhepunkt erreicht. Die Fanatisierung der Massen, wie sie durch den welfischen Zentrumsführer erfolgt ist, ist mit allen Mitteln demokratischer Agitation in Szene gesetzt worden, und man darf sich daher nicht wundern, wenn Sturm geerntet wird, wo Wind gesät wurde. Die Untergrabung der Autorität im Staate, wie sie von dem welfischen Agitator seit der Gründung des deutschen Reiches in einer den sozialen Frieden unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise betrieben worden ist, hat die Leidenschaften der Masse geweckt und beginnt das Gefühl der Ehrfurcht auch gegen das kirchliche Oberhaupt zu ersticken. In dem Organ eines der berüchtigtsten Hebagitatoren des Zentrums, in der „Schlesischen Volkszeitung“ des die Diözese Breslau anonym beherrschenden Domherrn Franz wird mit nicht mißzuverstehender Wendung gefragt, ob man Leo XIII. für einen altersschwachen Greis halte, der sich von einigen Phrasen des Fürsten Bismarck behören lasse. Kann eine solche Äußerung über den höchsten Lenker der katholischen Christenheit ohne demoralisirenden Einfluß bleiben? Der Abgeordnete Windthorst hat in der Kölner Katholikenversammlung bemerkt, daß er bereit sei, den Papst als Schiedsrichter zwischen Zentrum und Regierung anzuerkennen,

daß aber dann Leo XIII. nicht bloß von Herrn von Schlözer informiert sein dürfe. Der welfische Zentrumsführer setzt sich also absichtlich darüber hinweg, daß der Papst bereits zweimal in der Septennatsfrage seine Entscheidung abgegeben hat; er mißachtet es, daß diese Entscheidung von dem Papste als eine mit kirchlichen und moralischen Verhältnissen in Verbindung stehende Angelegenheit bezeichnet worden ist; er wagt es trotzdem, dem Papste Parteilichkeit für die preussische Regierung oder mangelhafte Information vorzuwerfen — in der That vonseiten eines Führers von Katholiken gegenüber dem Oberhaupte der Kirche ein starkes Stück.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben für die revolutionäre Bewegung innerhalb des deutschen Katholizismus ein überreiches Material gebracht. Es kann nicht unsre Aufgabe sein, dasselbe hier in erschöpfender Weise vorzuführen, schon die gegebenen Andeutungen werden genügen. Der Satz, daß der Zweck die Mittel heilige, der sich schon so oft zum Unheil derjenigen gewendet hat, die ihn praktisch verwirklicht haben, erhält durch die ganze Bewegung eine besondre Beleuchtung. In unnatürlicher Weise hat man die verschiedensten Elemente im Zentrum zu einer einzigen Partei zusammengebracht. Während es sich sehr wohl verstehen läßt, daß zur Vertretung bestimmter kirchlicher Interessen Männer von jedem politischen Bekenntnisse zusammentreten, wie sich dereinst auch für die wirtschaftlichen Interessen in einem Reichstage die Vereinigung der 204 zusammengefunden hatte, ist es unbegreiflich, wie es der Leitung eines auf die Trennung der Reichseinheit abzielenden Mannes hat gelingen können, diese verschiedenartigen Bestandteile auch als politische Partei zu gestalten und auf die einzelnen Mitglieder einen Parteizwang selbst in solchen Fragen auszuüben, welche nicht kirchlicher Natur sind. So lange in Preußen der Kulturkampf bestand, nahmen die kirchlichen Fragen nicht nur das Hauptinteresse in der Partei in Anspruch, sondern ergriffen auch die einzelnen Persönlichkeiten mit dem Eifer und der Leidenschaft, mit welchen Fragen religiösen Inhalts insbesondere katholische Gemüter zu erfassen pflegen. Alles wurde nur von dem Gesichtspunkte der kirchlichen Streitigkeiten aus behandelt; die Heftigkeit des Kampfes verbitterte die Gegner, sodaß man eigentlich nicht mehr unterscheiden konnte, was weltliche oder kirchliche Interessen waren. Daher kam es, daß in dem Kampfe um die höchsten Interessen im Zentrum ebensosehr alle Parteischattirungen zurücktraten, wie in dem Kampfe der Nationen innerhalb jeder einzelnen gegenüber dem Feinde der innere Hader vergessen wird. So saß der konservative schlesische und westfälische Abliche neben dem demokratischen Kaplan des Rheinlandes, der konservative altbayerische Landpfarrer und Landwirt neben dem fortschrittlichen und demokratischen Literaten und Rechtsanwalt. Diese anscheinende Verschmelzung wurde von den ehrgeizigen Führern geschickt benutzt und die gesamte Partei in eine Opposition gebracht, welche mit den kirchlichen Interessen nicht das geringste mehr zu thun hat. Diese Verhältnisse begannen

sich jedoch von dem Augenblicke an zu ändern, als die preußische Regierung mit dem Vatikan zu einer Verständigung zu gelangen suchte und diese auch bei dem zur Friedensliebe geneigten Papste fand. Die welfischen Pläne des Abgeordneten Windthorst führen dazu, daß das Zentrum Oppositionspartei als solche bleiben soll, während doch für eine Reihe von Mitgliedern nach Anbahnung guter Beziehungen zwischen Berlin und der Kurie zur Bekämpfung des Reichskanzlers kein Grund mehr vorliegt. Jetzt treten diejenigen Erscheinungen zu Tage, welche vor Gründung der Zentrumsparlei, wie uns selbst Majunké in der Geschichte des Kulturkampfes schildert, von dem Abgeordneten Peter Reichenperger im Hause des Herrn von Savigny gegen die von dem geistlichen Rat Müller vorgeschlagene Bildung einer „katholischen Fraktion“ vorausgesagt worden sind. Die Vermischung von Religion und Politik muß auf die Dauer zum Nachteil der Kirche und des Staates ausschlagen, wenn der Parteizwang die Mitglieder nötigt, bloß deshalb, weil sie gemeinsame kirchliche Interessen verfolgen, in politischen Fragen ebenfalls zusammenzustimmen. Ganz anders war es im preußischen Abgeordnetenhaus vom Jahre 1852 an, wo die katholischen Abgeordneten keine festgeschlossene Partei bildeten, sondern nur für die Lösung religiöser Fragen zusammentraten. Diese Aufgabe will offenbar auch der päpstliche Septennatserlaß fortan dem Zentrum zuweisen. Er erachtet es zwar für die Pflicht der Katholiken, daß sie sich bemühen, für gute Auslegung der neuen Gesetze zu wirken, die Reste der alten zu beseitigen, etwa angegriffene Rechte der Katholiken zu verteidigen und, soweit es geht, auch ihre Landsleute für die Lage des Papstes in Rom zu interessieren. Aber auch nur das soll noch das Programm einer katholischen Partei sein; alle Fragen der Politik sollen davon ausgeschlossen sein und auch im übrigen die Partei nicht berufen sein, die Interessen der Kirche zu vertreten.

In dem Septennatserlaß des Papstes liegt eine Rundgebung von außerordentlicher Bedeutung, welche in ihrer beabsichtigten Wirkung sowohl nach außen wie nach innen das Merkmal des Friedens an sich trägt. Leo XIII. ermahnt das Zentrum, für das Septennat zu stimmen, weil er zu der Hoffnung berechtigt ist, daß alsdann die Menschheit vor nicht abzusehenden schweren Leiden bewahrt, der Friede unter christlichen Völkern aufrecht erhalten, der Lauf der Kultur und Zivilisation nicht gehemmt sein werde. Der Papst deutet gleichzeitig diejenigen Aufgaben an, welche von einer katholischen Partei zu erfüllen sind: sie soll für die gute Ausführung der Friedensgesetze bedacht sein, mit politischen Fragen hat die Partei nichts zu schaffen. Wie über diese in dem Verhältnis zum deutschen Reiche der Papst selbst denkt, auch dies verschweigt er seinen Glaubensgenossen nicht. Er hat den Wunsch, dem deutschen Kaiser und seinem leitenden Minister gefällig zu sein, er ist der Meinung, daß sich der päpstliche Stuhl keine Gelegenheit entgehen lassen dürfe, um auch seinerseits das deutsche Reich zu stützen und zu kräftigen. Es wird hier zum

erstenmale von dem Papste ausgesprochen, daß die Stärkung des deutschen Reiches im Interesse des heiligen Stuhles und der katholischen Kirche liegt, daß also, wer diese Entfaltung des Reiches hindert, gegen die Interessen der Kirche handelt. Es ist ein anerkennenswerter Mut, daß Leo XIII. auch das offen ausgesprochen hat, und daß er das, was er von seiner hohen Warte aus kennen zu lernen Gelegenheit fand, seinen Gläubigen nicht vorenthält.

Wir haben es schon oft in diesen Blättern ausgesprochen, daß das deutsche Reich das feste Bollwerk gegen die umstürzenden Bestrebungen der Anarchie bildet, daß von dieser letzteren nicht bloß die weltliche, sondern auch die kirchliche Autorität bedroht und angegriffen ist, und daß es deshalb im Interesse der beiden höchsten Gewalten auf Erden liegt, zusammenzuhalten und sich gegenseitig zu unterstützen in einem schweren Kampfe, der das Fortbestehen der höchsten und edelsten Güter der Menschheit in Frage stellt. Der Papst hat so deutlich seine Meinung ausgesprochen, daß jedermann nun wissen kann, wie er sein politisches Verhalten im Interesse des Staates und der katholischen Kirche einzurichten hat. Daß diese Interessen nicht mit denen des hannoverschen Erministers Dr. Windthorst zusammenfallen, bedarf keiner Ausführung.

Als wir vor einigen Wochen in diesen Blättern bemerkten, daß die revolutionäre Bewegung im Katholizismus die Aufmerksamkeit und das Eingreifen des Papstes nötig mache, glaubten wir nicht, daß dieses Eingreifen so schnell erfolgen werde. Jetzt hat Rom gesprochen — an uns ist es, die Wirkung seiner Worte abzuwarten.



Zu dem jüngsten Entwurf eines Prozeßkostengesetzes.



In einer Zeit, wo uns die bange Sorge erfüllt, ob wir nicht einer schweren innern Krisis oder gar einem verhängnisvollen auswärtigen Kriege entgegentreiben, mögen viele wohl noch weniger als sonst Neigung verspüren, sich mit Justizfragen zu beschäftigen. In der Hoffnung aber, daß die drohenden Gefahren glücklich an uns vorübergehen werden, benutzen wir die augenblickliche Ruhepause, um einen Gegenstand zu besprechen, der noch jüngst auf der Tagesordnung gestanden und die juristischen Kreise lebhaft beschäftigt hat.

Den vom Reichskanzler dem Bundesrate vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte, haben wir insofern mit Freuden begrüßt,